

Jakob Schissler

Diagnose unserer Zeit

Seit Mitte der 1970er Jahre gibt es den sogenannten Neoliberalismus. Hierbei handelt es sich um eine Strategie der Wirtschaftswelt – nicht nur in den USA – verlorene Hegemonie zurückzugewinnen. In ihrem Gefolge wurden die IT-Branchen weltweit definitionsmächtig. Die neueste Variante ist die Digitalisierung der Produktionen, durch die mit Hilfe von Algorithmen und superschnellen Computern wesentliche Teile der Wirtschaft vollautomatisiert werden können. Das „McKinsey Global Institute“ hat aufgrund von greifbaren empirischen Daten ein Szenario für die USA erstellt, wonach ca. 60 Prozent der „counties“ von dieser Entwicklung ausgeschlossen bleiben, d.h. zur Stagnation verurteilt werden. Gesellschaften der Zukunft, so die zurecht alarmierende Nachricht von McKinsey, werden von Aufstiegstendenzen abgekoppelt. Das ist eine nach 200 Jahren vom Fortschrittsglauben getragenen Entwicklung eine völlig neue Lebenslage. Dennoch könnte sie auch einen Trost bereithalten: Sie beinhaltet für große Teile der Industriegesellschaften die Chance, auf hohem wirtschaftlichem Niveau selbst nach eigenem Bildungsziel zu leben.

1. Das Szenario

Wenn man von einer „Diagnose unserer Zeit“ spricht, dann handelt es sich dabei schon um einen gewaltigen Zeitraum, denn „unsere Zeit“ brach unmerklich schon in den 1970er Jahren an. Man erinnere sich: Da brach wieder ein israelisch-arabischer Krieg aus, 1973 der Jom-Kippur-Krieg. Kriege sind zwar immer die Verursacher großer Veränderungen, aber die „Ölschocks“, die dieser Krieg auslöste, gehörten noch der alten Zeit an. Allerdings wurden sie zur Basis für das Neue. Dieses „Neue“ wurde die Globalisierung, die mit der Änderung finanzpolitischer Maßnahmen sowie rechtlicher Normsetzungen seitens der USA anfang. Amerikanisches Geld durfte sich in die Welt bewegen, sogar um Raubzüge zu machen, etwa gegen die ahnungslose Bundesrepublik, mit einem überbewerteten Dollar. Das Wirtschaftsrecht wurde durch richterliche Entscheidungen zum Instrument neuer Konkurrenzregeln, die dem großen Geld die Übernahme von kleineren Firmen erlaubte.

Dies war unmittelbar nur eine „stille Revolution“, aber in den 1980er Jahren, mit den Aktionen der Heuschrecken, wie Münteferring die vielfältigen Firmenübernahmen in den USA und bald auch weltweit nannte, wurde die Strategie ganz offensichtlich. Große Teile der US-amerikanischen Industrie wurden einfach abgewickelt, das große Geld bediente sich der Arbeit in den ostasiatischen Ländern, vor allem in Südkorea, Malaysia und auch zunehmend in Indonesien. Der Vietnamkrieg war 1975 ad acta gelegt wor-

den. Und flugs taufen sich die USA in eine fortschrittliche Moderne um, die mit ihrer Menschenrechtspolitik wiederum die ideologische Spitzenposition erreichen wollte, was zum Teil auch gelang. Schwierig wurde das Unterfangen, wenn Menschenrechte und die CIA mit ihren gedungenen Mordbrigaden Hand in Hand arbeiteten, wie in Chile oder in Indonesien (Klein).

Getragen wurde das ganze Unterfangen von dem vagen Glauben, dass die Verhältnisse allesamt verkalkt und verkrustet seien und dass ein neuer Wind vonnöten sei, um das Boot „für alle“ zu heben, wie Ronald Reagan, der Präsident der USA in den 1980er Jahren, es ausdrückte: „It's morning again in America“ verkündete er; und auch wir im „freien Westen“ wollten dies unbedingt glauben, und begrüßten nach und nach die Schaffung der „postindustriellen Gesellschaft“ mit ihren vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten im Wissens-, Informations-, neuem Technologiebereich, bald dem PC, und im Servicebereich, wie in den „Logistikbranchen“ dem „Kommunikations- und Unterhaltungssektor“, wo das neue große Geld verdient wurde. Bald aber war auch klar, dass die Masse der neuen Beschäftigten weit unter dem Niveau der abgewickelten Industriearbeiter der frühen 1980er Jahre verdienten. Gebraucht wurden Servicekräfte ohne komplexe Ausbildung, die allmählich den Arbeitsmarkt umwandelten. In den USA traten die weißen Männer, mürrisch und verzweifelt, in den Hintergrund – bis Trump sich ihrer annahm.

2. Die neue Welt

Was war geschehen? Wie konnte die beste aller Welten so ins Rutschen kommen? Manche konservativen Ökonomen nahmen dafür die Ölkrise in Haft: Mit den Ölpreiserhöhungen sei eine Inflation der Preise und Löhne erfolgt, ohne damit aber die Gesamtwirtschaftsleistung in die Höhe zu heben. Das klingt analytisch verständlich, wird aber der tieferen Bedeutung der 1970er Jahre nicht gerecht. Zum einen blieben die Löhne in den USA konstant und wirkten nicht als der Preistreiber für den die Ökonomen immer schon die „rising expectations“ der Lohnarbeiter verantwortlich machten. Das System von Bretton Woods, das der Stabilisierung der Währungen nach dem Weltkrieg diente – mit dem Dollar als Leitwährung – wurde aufgegeben, weil der Dollar selbst überbewertet war aufgrund der inflationären Politik von Präsident Johnson, der „seinen“ Vietnamkrieg nicht beenden konnte. Zudem saßen Wirtschaftskräfte und vor allem auch Wallstreet in den Startlöchern, um die Industriemacht USA auf einen anderen Sockel zu stellen, nämlich den einer preiswerteren „Globalisierung“. Anfang der 1970er Jahre hätten die Löhne der Industriearbeiter diejenigen der unteren Angestelltenschichten überholt. Das wäre auch sozial nicht verträglich gewesen. Die weißen rassistischen Arbeiter der Schwerindustrie waren nach eigener Einschätzung selbst in der „great American middle class“ gelandet, waren aber nicht so solidarisch mit der Gesamtgesellschaft integriert, wie sie dachten. Ihre Entmachtung erfolgte wahrscheinlich durch Wallstreet, weil dort die Entscheidung gefällt wurde, dass die USA ihre eigene Automobilindustrie nicht modernisieren wollte. Stattdessen wichen sie nach Korea, Malaysia und Indonesien aus, wo die Einzelteile der Autos für 3 \$ die Stunde gefertigt wurden und nicht für 20 \$, wie in den USA. Dies war eine finanzpolitische Entscheidung, die nur mit einem großen Konsens von Wallstreet gefällt werden konnte (Halberstam). Die geschasste Arbeiterschaft des Industriegürtels von Michigan bis Pennsylvania wurde nur durch die Populärkultur getröstet, nicht durch den Staat oder eilig herbeigeeilte Soziologen. Jefferson Cowies großartige Studie „Stayin' Alive“, nach dem gleichnamigen Song, sollte den Markstein an Nostalgie für diese „lost world“ der großen amerikanischen Schwerindustrie abgeben. Cowie beschreibt aber auch, dass zu Beginn der 1970er Jahre die antigewerkschaftliche Juristerei in den USA soweit entwickelt war, um gegen Streiks mit rechtlichen Behinderungen von bis zu sechs Jahren einzuschreiten. Damit werden Streikdrohungen unbrauchbar als Waffe im Arbeitskampf. Schutz vor miserablen Autos lieferte der Konsumschützer Ralph Nader mit seiner Organisation. Antisteuerbewegungen, religiöse Erweckungen, vor allem im amerikanischen Süden sowie die „Rechtbewegung“ der Equal Rights Amendment (ERA), die zwar konstitutionell scheiterte, aber sich dann doch mit deutlichen Zeichen des Wohlwollens durch die amerikanische Wirtschaft vollzog, prägten des Weiteren den Umbruch. Die missratene Antidiskriminierungspolitik mit „busing“ und „affirmative action“ stärkte in den unteren weißen Schichten die Ressentiments gegen die Demokratische Partei. Jimmy Carter,

der Südstaatler, konnte zwar noch einmal knapp gegen den Republikaner Jerry Ford gewinnen; aber „sein“ Süden bröckelte bereits. An Reformen war nun nichts mehr zu machen; letzte Reformwerke wie die „Environmental Protection Agency“ (EPA) und die „Occupational Safety and Health Administration“ (OSHA), die Arbeitsschutzorganisation, waren noch von Präsident Nixon, dem in der eigenen Partei verhassten „Staatsanhänger“, gemacht worden – nicht zu vergessen die Abtreibungsgesetze durch das Verfassungsgericht in 1971. Damit war der „liberale Staat“ in seinen Möglichkeiten erstellt und zugleich waren die Kräfte zu seiner Zerschlagung aufgeweckt, resp. mobilisiert worden. Es fehlte nur noch die Antisteuerbewegung, die dann Ende der siebziger Jahre ebenfalls von der sogenannten „konservativen Revolution“ geschaffen wurde. All diese sozialen Kräfte ergaben ein buntes und seltsames Konstrukt, das aber leicht gegen den „liberalen Staat“ mobilisiert werden konnte. Unter Ronald Reagan ab 1980 wurde das dann möglich.

Politik hatte es also ermöglicht, dass die beste aller Welten in Misskredit geriet und ihre Legitimation verlor. Ein Großteil dieses Verlustes war nicht vermeidbar. Strukturell waren die Löhne in der Schwerindustrie zu hoch, die Wirtschaftskräfte, aber auch die Politiker der gemäßigten Linken (Sozialdemokraten hier und Demokraten in den USA) schauten sich nach Alternativen um und fanden sie in Asien. Mit dem Niedergang der weißen rassistischen Arbeiter rückten schwarze Arbeiter und vor allem auch dunkelhäutige Frauen in die Industriearbeiterschaft und in den weiten Bereich der expandierenden „postindustriellen Gesellschaft“ ein. Das hatte auch politische Auswirkungen: Die „Demokratische Partei“ veränderte sich ab Ende der 1960er Jahre. Wo Schwarze wohnten wurde die Partei auch zunehmend schwarz. Das verstärkte den Rassismus in der US-amerikanischen Gesellschaft und schwächte die Reformmöglichkeiten der Demokraten (Schissler).

Die Republikaner wurden zu einer ideologisch definitions-mächtigen politischen und sozialen Macht. Das hieß freilich nicht, wie man bis heute sieht, dass sie zur „Mehrheitspartei“ mutierten. Das blieben die Demokraten, wenn sie nicht so schlecht organisiert wären. Organisationsmäßig haben die Umbrüche der siebziger Jahre den Republikanern eher geholfen als den Demokraten. Aber die Führungen der Demokraten mutierten ebenfalls, ihre Speerspitze war nicht länger die weiße rassistische männliche Arbeiterschaft, sondern es waren Koalitionen von ethnischen Gruppierungen, die im Umbruch 1968-1972 die Partei zur „sozialen Bewegung“ umfunktionierte: Mit Erfolg im geistigen und politischen Raum der USA aber mit ihrer weitgehenden Bedeutungslosigkeit auf dem wirtschaftlichen Feld. Die neuen dynamisierten Schichten, die den Republikanern in den Schoß fielen, ließen sich leicht beeinflussen, das Übel der Demokraten in deren verfehlter Wirtschaftspolitik zu sehen. So wurde es üblich, die Demokraten mit breit angelegten ideologischen Versatzstücken aggressiv anzugehen und deren Legitimität grundlegend anzuzweifeln. Die Strategie war nicht neu. Die Republikaner hatten sie immer schon gepflegt. Sie war seinerzeit im Bürgerkrieg (1861-1865) entstanden (Gould). Unter der neuen „geistigen“ Hegemonie ließen die Repub-

likaner nichts anbrennen: Da ihre Anhänger und Wähler zu konsistenten Ideologien nicht befähigt sind, die Politik der Republikaner auch nicht moralisch korrekt verläuft, wählen sie eine grundsätzliche politische Stimmung aus, die auf permanenten und alles abdeckenden Hass getrimmt wurde. Wenn Republikaner vor Hass schäumen, bleibt keine Lücke für relativierende Argumente.

3. Die Wende

Diese Struktur der öffentlichen Meinung zur Politik überträgt sich freilich nicht direkt in die Politik selbst oder in die Gestaltung der Gesellschaft durch Wirtschaft und Technologie. Sie ist aber in der Lage, der Wirtschaft eine große Öffnung an Möglichkeiten zu bieten: Die Wirtschaft ist damit dominant geworden im gesellschaftlichen Geschehen. Die komplexe Entwicklung seit den 1970er Jahren wird zurecht als eine neoliberale neue Wirtschaftsform bezeichnet. In ihr sind im Grunde die Sozialleistungen auf das „Notwendige“ eingefroren, wobei das „Notwendige“ schlecht dingfest gemacht werden kann. Das Bestehende kann freilich minimalisiert werden, bis auf eine Grenze, wo weitere Abstriche zu schmerzhaft werden. Unter Präsident Trump gab es im Außenministerium eine Abteilung, die sich darum kümmern sollte, den Begriff Menschenrechte (Human Rights), so zu definieren, dass er als absolute Größe anerkannt würde, selbige zugleich aber minimalistisch festgelegt wäre. Das Konstrukt wurde dann „minimalistic absolutism“ (Nathans) genannt. Man kann es sich so vorstellen: Die Freiheit des Menschen soll absolut sein, aber in ihren Inhalten minimalistisch als Grundausstattung. Frage: Ist das der nackte Mensch, der sich seine erste Kleidung auf dem Markt verdienen muss und sodann weiter sieht, was er noch durch Arbeit erreichen kann? Oder ist es ein Mensch, der wegen anhaltender Kälte schon bekleidet werden muss, erste Nahrung braucht, um an die Arbeit zu gehen. Und außerdem in seiner Jacke einen Ausweis und einen Rentenpass plus Krankenversicherungsausweis trägt? Das werden jedenfalls die spannenden Fragen bleiben. Der minimalistische Absolutismus dürfte uns in den kommenden Jahren noch sehr beschäftigen, denn auch bei einer Regierung Biden in den USA liegt die soziale Definitionsmacht nicht bei den Demokraten, sondern bei jener breiten Koalition in der Öffentlichkeit, die für Steuerkürzungen und Kürzungen in den Sozialleistungen zu mobilisieren ist. Die Republikaner in den Einzelstaaten – sie regieren in den meisten Staaten – werden bei Reformen ihre destruktive Macht soweit wie möglich einsetzen. Sie sind dazu berechtigt, obwohl sie es bei Biden nicht so leicht haben dürften wie bei Obama. Biden muss seine Regierung wegen der Pandemie schon als aktiver Staat beginnen; und so wird es weitergehen.

Dieser Neoliberalismus wird uns noch einige Zeit erhalten bleiben, bis er wieder seine Macht verliert. Philipp Ther hat in „Das andere Ende der Geschichte“ versucht, uns diese historische Wende mit Hilfe der Wirtschaftstheorie von Karl Polanyi zu erklären. Dessen Theorie, als „epochale große Transformation“ beschrieben, analysierte den Übergang der merkantilistischen Wirtschaften der Vormoderne hin

zu den sogenannten „Marktgemeinschaften“, in denen das Pendel der Geschichte vom Staat als dem bedeutsamen Akteur wegrückte und „zum Markt“ hin ausschlug und diesen zum dominanten Spieler machte. Ein solches Spektakel hat auch im gegenwärtigen Neoliberalismus stattgefunden. Die Transformation hat in vielen Staaten der neuen EU und den USA ganz unterschiedlich stattgefunden, aber sie hat sich vollzogen. Der Pendelschlag beginnt damit, dass nicht mehr alle Bevölkerungskreise mit dem Bestehenden zufrieden sind. Dabei ist es nach Polanyi und Ther nicht das wirtschaftliche Denken, das dominiert, sondern das persönliche, private. Was die Menschen dem Staat entfremdet, ist Ausgrenzung, Verletzung; es ist der Entzug von bis dato vorhandener Anerkennung. Diesem Einschnitt folgen historische Wandlungsprozesse vielfältiger Art, die allesamt aber zu keinen befriedigenden Lösungen führen. Das Paradoxe dieser Situation ist, dass die Kräfte der Wirtschaft, der hochgelobte Markt, sehr viel an Schädigungen produziert, aber dessen politischer Arm dabei die Lorbeeren erntet. Das Pendel würde erst umschlagen, wenn „die Beleidigten“ sich organisieren würden, ihre Forderungen in Institutionen transformieren könnten und in Wahlen die Mehrheit in einer „neuen Demokratie“ etablierten. Das aber kann gegenwärtig noch lange dauern.

4. Die statische Gesellschaft

Warum das so ist, können wir anhand einer Studie des McKinsey Global Institute vom November 2020 erfahren (Manyika u.a.). Man ist zuvörderst erstaunt, dass ein Institut, das der (Welt)Wirtschaft nahesteht, so offen die Schwachstellen der gegenwärtigen und mithin sich erst einmal verfestigenden Wirtschaft bloßlegt. Die Bombennachricht am Anfang der Studie hat es in sich: In den letzten 20 Jahren haben die unteren 3/5 in den USA, also ca. 150 Millionen Erwachsene, keine großen Zuwächse an Einkommen oder Aufstieg zu verbuchen gehabt. Im Normalverständnis ging man davon aus, dass das untere Fünftel die Stagnation zu ertragen hat. Da erweitert die 10-seitige Studie den Horizont: In den unteren 3/5 der Gesellschaft ging die Mittelschicht von 61 auf 52 % zurück. 2/3 des Wachstums in den USA ereignete sich in 25 Städten und dynamischen Zentren (hubs). Rein ländliche Gebiete blieben da außen vor. Man spricht bei Wachstum von „Superstareffekten“ in den Bereichen Finanzialisierung, Immobilien, Technologie, pharmazeutische Produkte und „business services“. Nur 6 % der Kreise (counties) in den USA erwirtschaften 2/3 des Bruttonutzenprodukts, vor allem in den Räumen von New York, Los Angeles (Silicon Valley) und Atlanta. Das heißt, das „weite Land“ ist abgekoppelt. Von den Firmen mit mehr als 1 Mrd. \$ Profit erzielen deren oberste 10 Prozent 80 % vom Gesamtprofit vermöge ihrer „digital capabilities“. Das Ganze bekommt sogar noch einen Dämpfer: Die untersten 10 % der Firmen zerstören genauso viel Einkommen, wie die obersten 10 % erschaffen, mithin neigt die Wirtschaft trotz großer Gewinne zur Stagnation. Ganz überraschend wird dann am Ende dieser kleinen Studie ein Schuldiger dieser misslichen Situation bloßgestellt: der Klimawandel. Dem Rest der Gesellschaft und wahrscheinlich

uns allen rund um den Erdball wird angeraten, „personal protective equipment“ (PPE) zu erwerben, also uns warm anzuziehen! Bleiben wir dabei, das Pendel Polanyis wurde von dem öffentlich erzeugten Missmut in den 1970er Jahren erzeugt.

Nur 2/5 der Gesellschaft, also die kleinen Reichen, die dienende Schicht der oberen Klassen, wie die economists, und die Juristen sowie das Heer der Produzenten der digitalen Wende leben einigermaßen gesichert, nur sie können sich die hohen Mieten in einer Immobilienlandschaft der „scarcity“ leisten. Indem das wirtschaftliche System heimlich, still und leise der Globalisierung geöffnet wurde, war auch das für die Massendemokratie förderliche Parteiensystem nicht mehr zu halten. Dieses bestand darin, dass in den demokratischen Ländern große Parteien oder große Koalitionen bestanden, die ein Spektrum kreierten jeweils eine große Sammlung von Wählern rechts und links von der Mitte zu bilden. Neigte die rechte Seite stark in das Bürgertum und in die traditionellen Schichten hinein, bestand die – wie in der Bundesrepublik nach 1950 – darin, den sozialen Wohnungsbau zu fördern; kam die linke Mitte zum Zug, dann war der Einfluss der Gewerkschaften auf das Lohnniveau und auf soziale Absicherung der abhängig Beschäftigten entsprechend ausgeprägt. Diese Konstellation war einzigartig und einzigartig war auch ihre Leistung, für die goldene Epoche der Wohlfahrtsstaaten zwischen ca. 1950 und 1975 zu sorgen. Das fand in den späten siebziger Jahren ein offensichtliches Ende. Nicht nur in der Demokratischen Partei der USA wurde die weiße rassistische Arbeiterschaft ihrer Macht beraubt, sondern auch in allen Wohlfahrtsstaaten liefen den „linken“ Parteien und Organisationen (vor allem Gewerkschaften) die Mitglieder davon. Wahlenthaltung aufgrund von „sozialen Beleidigungen“ wurde in starkem Maße geübt; nur zögerlich wurde die rechte Karte gezogen. Aber die Melodien in der Politik konnten recht volkstümliche Töne anschlagen. Damit hatte eine Politik Konjunktur, die eine Polarisierung zwischen Wirtschaftskräften und den gebildeten funktionalen Eliten betrieb. Der Neoliberalismus hatte eine starke Wirtschaftselite hervorgebracht, die überall auf der Welt eine Herrschaft von Milliarden, also Oligarchen, anstrebte. Zu deren Ziel gehörte es eben auch, die gesamte Politik sich unterzuordnen: Fachleute wurden zwar auch benötigt, aber diese wurden, wie bei der Klimapolitik deutlich zu sehen, dem Diktum der Wirtschaftsbesse unter- und beigeordnet.

5. Das Resultat

Die Lebenslagen der Bürger wurden nach dem Grad ihrer Entbehrlichkeit mehr oder minder geordnet, d.h. die breite Streuung von Immobilieneigentum – d.h. das vom Opa geerbte Häusle – wurde nicht angetastet. Die Politik der Knappheit (scarcity) auf dem Wohnungsmarkt wurde nicht beeinflusst. Lediglich solche Immobilien, die Gemeineigentum waren, konnten ideologisch auf den Prüfstand gezogen werden und gemäß dem Diktum, dass die Wirtschaft dieses Eigentum besser verwalten könne als der Staat, in großen Zügen enteignet. Als einer der Schurken dieser Strategie

gilt wohl zurecht unser ehemaliger Bundeskanzler Gerhard Schröder. Von ihm wurden die Arbeitssuchenden „verharzt“, wie der bittere Ausspruch der Beleidigten lautete. Aber auch die Gewinner der Finanzialisierung und der Digitalisierung müssen in Silicon Valley und New York exorbitant hohe Mieten zahlen. Wie man aus den Romanen von Tom Wolfe und John Grisham weiß, kann man mit 70 Tsd. \$ in Kentucky genauso gut leben wie in New York mit 900 Tsd. Dollar Jahreseinkommen.

6. Die Prognose: Was tun?

Anhand der Literatur hat Adam Przeworski recht gut das Fazit aus all diesen Veränderungen gezogen: Man hat „ausgerechnet, dass in den USA im Jahr 1970 90 % der Dreißigjährigen wirtschaftlich besser gestellt waren als ihre Eltern im selben Alter, während dies im Jahr 2010 nur noch für 50 Prozent der Personen in dieser Altersgruppe galt. Der Verlust des tiefverwurzelten Glaubens an den intergenerationellen Fortschritt ist ein markanter historischer Bruch. Die Erwartung materiellen Fortschritts ist seit 200 Jahren ein elementarer Bestandteil der westlichen Zivilisation. Etwa seit 1820 erwartete jede Generation in Europa und den Vereinigten Staaten, sie würde ein besseres Leben haben als ihre Eltern, und tatsächlich hat sich diese Erwartung auch meist erfüllt. Mittlerweile ist der Glaube an einen stetig wachsenden Wohlstand jedoch erschüttert. Diese Transformation kann zweifellos tiefgreifende kulturelle und politische Konsequenzen haben.“ (S. 129 f.).

Die Wandlungen sowie auch der Neoliberalismus, hervorgebracht durch den Pendelschlag der Geschichte in den 1970er Jahren, ist nun keineswegs ein bloßer Albtraum, der durch eine gute soziale oder ökosoziale Idee zu vertreiben wäre. Wie man sieht, ist er fest verwurzelt. Wenn Präsident Trump sagte, dass das Klima aus Sonnenschein und Regen bestehe, dann kann man darüber befreit lachen, aber es ändert nichts an der Tatsache, dass der Präsident meinte, Fragen der Klimapolitik würden nicht durch uns, die Wählerinnen und Wähler, oder etwa gar durch unsere Abgeordneten, die durch die Globalisierung auf die Plätze verwiesen wurden und nunmehr nur noch den Rahmen in einer „marktkonformen Demokratie“ ausfüllen dürfen – in Rücksprache mit Frau Merkel –, sondern durch den Pluralismus der Oligarchen von Brasilien bis Russland entschieden. Auch die Oligarchen sind nicht frei, wenn es sich für sie nur lohnt „überwiegend“ in 6 % der Kreise in den USA zu investieren. Dem Rest des Landes, also dem 3/5, gleich 60 % der Bevölkerung, wird garantiert, dass sie in „überwiegend“ stabilen Zuständen ein statisches Leben führen können. Es gibt einfach nicht länger einen messbaren Aufstieg.

Jedoch, stimmt man dieser Diagnose zu, dann ergibt sich einerseits, dass man auch mit solchen Zuständen etwas aus dem Leben machen kann – wir werden ja schließlich nicht zurück befördert in die Steinzeit. Aber es lohnt sich für die schulische Bildung darüber nachzudenken wie man seine Bildungsziele in einem neuen Mix profilieren kann. Einerseits können Individuen aus dem Stand heraus an den Zuständen kaum etwas ändern. Also müssen sie sich anpassen? Ja und

nein. Neben dem Klimawandel war für die Autoren des McKinsey-Reports vor allem das Problem herausragend, dass mit der statischen Wirtschaft der USA viele Individuen ihren Platz in ihrer organisatorischen und institutionellen Verankerung verlieren würden. Es entbehrt nicht einer schwarzen Ironie, dass gerade im Heimatland einer exzentrischen Individuumsverehrung eine solche Befürchtung auftritt. Aber die Autoren der Studie haben recht. Individuen können in der neuen statischen Gesellschaft ihren Halt verlieren. Die wichtige Antwort auf diese Situation besteht darin, für Gemeinschaften traditioneller und neuer Art Partei zu ergreifen. Das schutzlose Individuum, das Libertäre im Rahmen einer Neudefinition von Menschenrechten produzieren wollen, wäre eine soziale Katastrophe. Neben den Plutokraten sind die anderen Bewohner von Gesellschaft eigentlich allesamt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es wäre mithin zu empfehlen, Gewerkschaften neuer Art zu produzieren, die sozialen Schutz produzieren, Mindestlöhne und Grundeinkommen bejahen und von der Krankenpflegerin bis zum Piloten alle möglichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihren Reihen haben. Streiks können breit unterstützt werden. Wenn Fluggepäckarbeiter streiken, sollten andere Berufsgruppen mit in einen kurzen Solidarstreik treten – so in Finnland geschehen –, um deutlich zu machen, dass neoliberales Herauspicken von schwachen Berufsgruppen zwecks Bestrafung nicht funktioniert. Aber auch offensive Organisationsformen können durch die mehr als 90 Prozent der neuen „Arbeitnehmer“ entwickelt werden, die sich dann auch institutionalisieren, d.h. Normen des Zusammenstehens finden, die die Stürme überstehen. Und auch andere Formen der Lebensgestaltung, nämlich solche von ganz individueller

Art können in solchen institutionalisierten Zusammenhängen gefunden werden, die ausschließlich mit individuellen Neigungen zusammenhängen. Wer unbedingt den Aufstieg will, kann dies auch versuchen. Für große Teile der jungen Erwachsenen ist – rein objektiv – dieser Weg z.Zt. nicht länger attraktiv. Das wird kaum jemanden abhalten, es nicht doch zu versuchen. Das ist alles legitimierbar. Aber doch überlegenswert!

Literatur

- Cowie, Jefferson (2010): *Stayin' Alive. The 1970s and the Last Days of the Working Class*. New York: The New Press
- Gould, Lewis (2014): *The Republicans. The History of the Grand Old Party*. Oxford/New York: Oxford University Press
- Halberstam, David (1986): *The Reckoning*. New York: William Morrow & Cie. Inc.
- Klein, Naomi (2010) *Die Schock-Strategie*. Frankfurt a.M. 3. Aufl.: Fischer
- Manyika, James / Pinkus, Gary / Tuin, Monique (2020): *Rethinking the Future of American Capitalism*. McKinsey Global Institute. November
- Nathans, Benjamin (2019): *Rewriting Human Rights*. The New York Review of Books. Dec. 5, S. 44-48
- Przeworski, Adam (2020): *Krisen der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp
- Schissler, Jakob (2019): *Die US-amerikanische Gesellschaft. Von der Moderne zur Konsumgesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS
- Ther, Philipp (2019): *Das andere Ende der Geschichte. Über die große Transformation*. Berlin: Suhrkamp